

Substanzielles Protokoll 98. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 6. April 2016, 17.00 Uhr bis 19.52 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Matthias Wiesmann (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Isabelle Ryf

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Guido Hüni (GLP), Roger Liebi (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|--|-------------------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2016/88 | * Weisung vom 23.03.2016:
Kultur, Kulturelle Auszeichnungen der Stadt Zürich, Neuregelung der Kompetenzen bei der Vergabe, Abschaffung Medaillen | STP |
| 3. | 2016/89 | * Weisung vom 23.03.2016:
Postulat von Urs Fehr (SVP) und Dr. Daniel Regli (SVP) betreffend Verzicht auf die Demontage der blauen Inselfschuttpfosten ausserhalb der City, Bericht und Abschreibung | PV |
| 5. | 2014/336 | Weisung vom 29.10.2014:
Amt für Städtebau, Gesamtüberarbeitung Regionaler Richtplan Stadt Zürich, Verabschiedung für die Festsetzung durch den Regierungsrat | VHB
VTE
VIB |
| 6. | 2015/322 | Weisung vom 30.09.2015:
Immobilien Stadt Zürich und Grün Stadt Zürich, Schütze-Areal, Industriequartier, Instandsetzung und Umbau des Schulhauses Heinrichstrasse, Erstellung eines Anbaus mit Kindergarten, Quartierhaus, Bibliothek und Sporthalle sowie eines Quartierparks, Investitionsbeitrag an die PBZ Pestalozzi-Bibliothek Zürich, Objektkredit | VTE
VHB |
| 7. | 2016/94 | E Postulat von Patrick Hadi Huber (SP) und Dr. Pawel Silberring (SP) vom 23.03.2016:
Schulhaus Schütze, Installation der Überwachungskameras nur bei Notwendigkeit | VHB |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Der Ratspräsident Matthias Wiesmann (GLP) gibt die Absetzung des Geschäfts TOP 4, GR Nr. 2016/90, «Soziale Dienste, Bewilligung von jährlichen Ausgaben für private Teil-lohnangebote für die Jahre 2017–2020» von der heutigen Tagliste bekannt.

1808. 2016/93

**Motion der SVP-, FDP- und CVP-Fraktion vom 23.03.2016:
Theater Neumarkt AG, Kündigung des Subventionsvertrags auf den nächstmöglichen Termin**

Martin Götzl (SVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Die SVP-Fraktion beantragt, die Motion für dringlich zu erklären.

Der Rat wird über den Antrag am 20. April 2016 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Persönliche Erklärung:

Michael Schmid (FDP) hält eine persönliche Erklärung zum «Züri Fäscht» ohne Patrouille Suisse.

Geschäfte

1809. 2016/88

**Weisung vom 23.03.2016:
Kultur, Kulturelle Auszeichnungen der Stadt Zürich, Neuregelung der Kompetenzen bei der Vergabe, Abschaffung Medaillen**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 4. April 2016

1810. 2016/89

**Weisung vom 23.03.2016:
Postulat von Urs Fehr und Dr. Daniel Regli betreffend Verzicht auf die Demontage der blauen Inselschutzpfosten ausserhalb der City, Bericht und Abschreibung**

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 4. April 2016

1792. 2014/336

**Weisung vom 29.10.2014:
Amt für Städtebau, Gesamtüberarbeitung Regionaler Richtplan Stadt Zürich, Verabschiedung für die Festsetzung durch den Regierungsrat**

Die Beratung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 97, Beschluss-Nr. 1792/2016)

Beschlüsse:

Energie

Michael Baumer (FDP): Zu diesem letzten Kapitel des Richtplans sind nicht viele Anträge eingegangen. Im Bereich Wasserversorgung gibt es keinen grossen Handlungsbedarf, denn die Wasserversorgung wurde damals für 750 000 Einwohnerinnen und Einwohner geplant. Die geplante Infrastruktur beschränkt sich auf eine noch fehlende Verbindungsleitung zwischen der Glattzone und der Limmatzone. Der Bereich Energie umfasst die Elektrizität, die Fernwärme und das Gas. Ziele sind eine sichere Energieversorgung und ein breites Angebot an umweltfreundlichen und erneuerbaren Energien. Im Bereich Wärmeversorgung soll eine Doppelversorgung von Quartieren vermieden werden, und die Fernwärme soll gegenüber dem Gas Priorität haben. Entsprechend wird keine Garantie für eine bestimmte Energieform mehr abgegeben. Dafür soll neu auch Kälteversorgung ermöglicht werden, wenn vorhandene Quellen nutzbar sind. Zum Bereich Kommunikation ist zu sagen, dass es keine neuen grossen regionalen Sendeanlagen gibt. Neu aufgenommen wurde lediglich ein flächendeckendes Glasfasernetz. Der Richtplan zielt auch auf eine leistungsfähige Siedlungsentwässerung, Abwasserreinigung und Abfallentsorgung ab. Die einzige neu geplante Infrastruktur in diesem Bereich ist die Klärschlammverwertungsanlage Werdhölzli.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Wie im Verlauf der Debatte schon oft betont, ist es uns wichtig, dass die Stadt Zürich nachhaltig wachsen kann, indem sie eine ressourcenschonende Stadtentwicklungspolitik verfolgt. Ziel muss es sein, von den fossilen Brennstoffen mit ihren gewaltigen Folgekosten wegzukommen und die Abhängigkeit von nicht erneuerbaren Energien zu minimieren. Die Energieplanung muss mit der Siedlungsentwicklung koordiniert werden. Dabei sollen die erneuerbaren Energien vor Ort optimal genutzt werden. Wir unterstützen Anträge, die diesem Grundsatz Rechnung tragen. Unsere eigenen Anträge lassen eine zeitgemässe und nicht überreglementierte Nutzung erneuerbarer Energien zu. Schliesslich unterstützen wir auch die Anträge zur Erdverlegung von Leitungen, weil diese immer noch das kleinere Übel für die Umwelt sind.

Energieplanung

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 157:

Gabriele Kisker (Grüne): Es geht hier um die Ziele der Stadt Zürich. Energie ist ein essenzielles Planungsmittel, um Verdichtung anzugehen. Wo die Energie nicht stimmt, kann man auch nicht dicht bauen. Das sieht man am Beispiel des Gestaltungsplans Überlandpark, wo in der Fernwärme eine Gesamtlösung für die ganze Verdichtungsplanung gefunden werden konnte.

Mario Mariani (CVP): Die CVP lehnt den Antrag ab, weil er im betreffenden Kapitel bereits enthalten ist.

Änderungsantrag 157 zu Kap. 1.3.1 Ziele für die räumliche Entwicklung / Abschnitt
Energiesparende und klimaschonende Stadterneuerung

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien stellt eine wichtige Rahmenbedingung für die räumliche Entwicklung dar. Die Energieplanung stellt eine Verdichtungsvoraussetzung und ein essentielles Steuerungsinstrument der Stadtentwicklung dar. [...]

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Gabriele Kisker (Grüne), Referentin; Präsident Michael Baumer (FDP), Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Albert Leiser (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Peter Schick (SVP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Minderheit: Mario Mariani (CVP), Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 115 gegen 6 Stimmen zu.

Erneuerbar vor Denkmalschutz (Anträge 158–159)

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsanträge 158 und 159:

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): *Wie das Kapitel Energie zeigt, nimmt die Stadt Zürich ihre gesetzten Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft ernst. Bei der Produktion von Strom aus Sonnenenergie wird aber – im Gegensatz zu allen anderen Subkapiteln – ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese Art von Energiegewinnung unter Berücksichtigung von Anliegen bezüglich Städtebau, Denkmal- und Landschaftsschutz zu erfolgen habe. Eine vergleichbare Einschränkung wäre z. B. auch bei Mobilfunkantennen möglich, dort finden sich aber keine entsprechenden Hinweise. Aus Sicht der Kommissionsmehrheit ist das nicht stringent – oder wird das Stadtbild durch Sonnenkollektoren etwa mehr beeinträchtigt als durch Mobilfunkantennen? Es handelt sich um eine unnötige Einschränkung im Richtplangentext, die nicht mehr zeitgemäss ist. Sie ist zu streichen, damit nicht der Eindruck entsteht, die optimale Nutzung lokaler erneuerbarer Energien sei nicht erwünscht.*

Peter Schick (SVP): *Bei beiden Anträgen wechseln wir zur Mehrheit. Der zu streichende Satzteil war aber eigentlich gut. Ich hoffe einfach, dass mit den denkmalgeschützten Gebäuden weiterhin sorgfältig umgegangen wird, nicht dass wir in 10 oder 15 Jahren auf dem Grossmünster oder auf dem Rathaus eine Photovoltaikanlage haben.*

Änderungsantrag 158 zu Kap. 5.4.1.1 Elektrizitätsversorgung / Lokale Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

- Das Potenzial zur dezentralen Produktion von Strom aus Sonnenenergie und aus anderen erneuerbaren Quellen in der Stadt Zürich wird in Abstimmung mit den Anliegen des Städtebaus, der Denkmalpflege und des Landschaftsschutzes soweit genutzt, wie dies wirtschaftlich vertretbar und umwelt- und energiepolitisch sinnvoll ist.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Referentin; Präsident Michael Baumer (FDP), Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Albert Leiser (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)

Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 122 gegen 0 Stimmen zu.

Änderungsantrag 159 zu Kap. 5.4.1.2 Wärmeversorgung / Solarwärme

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

- Die thermische Sonnenenergienutzung wird auf der Basis des Konzepts Energieversorgung 2050 unter Berücksichtigung der Anliegen von Städtebau, Denkmalpflege und Landschaftsschutz ausgebaut.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)

Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Enthaltung: Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 24 Stimmen zu.

Höchstspannungsleitung (Anträge 160–161)

Kommissionsminderheit/-mehrheit Änderungsanträge 160 und 161:

Markus Knauss (Grüne): *Auf dem Gebiet der Stadt Zürich gibt es noch Freileitungen. Diese sollen so schnell wie möglich durch Kabelleitungen ersetzt werden. Die Verwaltung hat die Chance genutzt, den Text im Sinn einer aktualisierten Zustandsbeschreibung zu überarbeiten.*

Dr. Christoph Luchsinger (CVP): *Die Doppelerwähnung macht keinen Sinn. Wir sind nicht grundsätzlich gegen Erdverlegungen (Antrag 161), doch der absolute Zwang stört uns. Es ist nicht immer zweckmässig und dazu auch sehr teuer, was schlecht wäre für die Arbeitsplätze in der Schweiz und eine Verteuerung des Stroms zur Folge hätte. Es ist technisch nicht immer machbar, und unterirdisch gibt es grössere Übertragungsverluste als oberirdisch. Viele Leitungen sind bis 2050 noch in Ordnung; durch einen schnellen Ersatz ginge wieder graue Energie verloren.*

Änderungsantrag 160 zu Kap. 5.4.2.1 Karteneinträge Elektrizität

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

[...] Die Stromzulieferung zur Stadt Zürich erfolgt aus dem 22-kV-Übertragungsnetz-Ring rund um den Zürichsee über Leitungen zu den Unterwerken Auwiesen, Fällanden und via Anspeisung Zürich-Süd zum neuen Kuppel-Unterwerk Waldegg in Albisrieden. Neben diesen im Sachplan Übertragungsleitungen (SÜL) des Bundes und im kantonalen Richtplan eingetragenen Leitungen im Eigentum der swissgrid und der SBB gehören zum Verteilnetz auch noch Mittelspannungs- und Niederspannungsleitungen. [...]

- Mehrheit: Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)
- Minderheit: Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Referent; Markus Kunz (Grüne) i. V. von Gabriele Kisker (Grüne), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Niklaus Scherr (AL), Sven Sobernheim (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 35 Stimmen zu.

Änderungsantrag 161 zu Kap. 5.4.3.1 Massnahmen – Elektrizitätsversorgung

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

[...]

- Grundsätzlich sind auf Stadtgebiet alle Höchst- und Hochspannungsleitungen des städtischen Elektrizitätswerks erdverlegt. Wo dies noch nicht der Fall ist, sollen die Freileitungen bei passender Gelegenheit durch Kabelleitungen ersetzt werden.

- Mehrheit: Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)
- Minderheit: Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Referent; Markus Kunz (Grüne) i. V. von Gabriele Kisker (Grüne), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Niklaus Scherr (AL), Sven Sobernheim (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 41 Stimmen zu.

1792. 2014/336

Weisung vom 29.10.2014:

Amt für Städtebau, Gesamtüberarbeitung Regionaler Richtplan Stadt Zürich, Verabschiedung für die Festsetzung durch den Regierungsrat

Antrag des Stadtrats

1. Die Gesamtüberarbeitung des regionalen Richtplans Stadt Zürich wird gemäss nachstehenden Unterlagen, alle datiert vom 29. Oktober 2014, zuhanden des Regierungsrats für die Festsetzung verabschiedet:
 - Richtplankarte (Kapitel regionales Raumordnungskonzept, Siedlung, Landschaft, Verkehr, Ver- und Entsorgung sowie öffentliche Bauten und Anlagen)
 - Teilrichtplankarte Siedlung und Landschaft im Massstab 1:25 000
 - Teilrichtplankarte Verkehr im Massstab 1:25 000
 - Teilrichtplankarte Versorgung, Entsorgung im Massstab 1:25 000
2. Der Erläuterungsbericht zu den Einwendungen wird als Teil dieser Vorlage zur Kenntnis genommen und ebenfalls zuhanden der Festsetzung durch den Regierungsrat verabschiedet.

Alle erwähnten Unterlagen sind im Internet zugänglich:

www.stadt-zuerich.ch/richtplan

Kommissionsreferent Änderungsantrag:

Michael Baumer (FDP): Die vom Gemeinderat beschlossenen Änderungen sind dem

Regierungsrat ebenfalls als Antrag zu überweisen, sonst wäre die Debatte ja umsonst gewesen. Hinter dieser Ergänzung steht die Kommission einstimmig. Ich danke dem Stadtrat und der Verwaltung sowie den Kommissionsmitgliedern für die grosse Arbeit. Auch den übrigen Ratsmitgliedern gebührt Dank für ihre Geduld und Aufmerksamkeit. Es freut mich, dass die Debatte relativ sachlich und speditiv war. Als Folgeauftrag werden wir dann noch den kommunalen Siedlungsrichtplan behandeln müssen.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Die Gesamtüberarbeitung des regionalen Richtplans Stadt Zürich wird gemäss nachstehenden Unterlagen, alle datiert vom 29. Oktober 2014, sowie den vom Gemeinderat beschlossenen Änderungen zuhanden des Regierungsrats für die Festsetzung verabschiedet:
 - Richtplantext (Kapitel regionales Raumordnungskonzept, Siedlung, Landschaft, Verkehr, Ver- und Entsorgung sowie öffentliche Bauten und Anlagen)
 - Teilrichtplankarte Siedlung und Landschaft im Massstab 1:25 000
 - Teilrichtplankarte Verkehr im Massstab 1:25 000
 - Teilrichtplankarte Versorgung, Entsorgung im Massstab 1:25 000

Zustimmung: Präsident Michael Baumer (FDP), Referent; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Markus Kunz (Grüne) i. V. von Gabriele Kisker (Grüne), Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Niklaus Scherr (AL), Peter Schick (SVP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der BeKo RP/BZO mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussdebatte:

Christine Seidler (SP): *Ich freue mich, auf eine engagierte, unserem Mandat und diesem Saal würdige Debatte zurückblicken zu können. Eine Debatte, die in der Stadt Zürich etwas bewegt, und der eine ernsthafte, sorgfältige und vielfach intensive Kommissionsarbeit vorausgegangen ist. Diese war manchmal sehr emotional oder kontrovers, aber immer respektvoll. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Ebenso bedanke ich mich für die wertvolle Arbeit der Verwaltung und der Parlamentsdienste. Ich hoffe, dass der Regierungsrat den Willen des Gemeinderats akzeptiert und somit unser Engagement und Herzblut würdigt. Die Stadt Zürich muss künftig 80 000 Leute aufnehmen. In der Debatte ist mehrheitlich zum Ausdruck gekommen, dass wir bereit sind, das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum mitzutragen. Der zusätzliche Raum für Wohnen und Arbeiten soll hauptsächlich durch Innenverdichtung geschaffen werden. Die Art und Weise der Verdichtung stellt uns vor noch nie da gewesene Herausforderungen und Fragen. Für vielfältige und qualitative Veränderungen sind starre gesetzliche Vorgaben wenig hilfreich. Lösungen können nur erzielt werden, wenn Partikularinteressen überwunden werden. Das gilt auch für die Velolobby. Damit die Stadt Zürich das meistern kann, sind auf regionaler und kommunaler Ebene partizipative, kontinuierliche, dynamische und konstruktive Prozesse unabdingbar. Dazu gehört auch der Anspruch an den Kanton Zürich, dass er die Stadt Zürich Lösungen nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten lässt. Der Regierungsrat soll die entsprechenden Handlungsspielräume zuge-*

stehen und mit der Stadt Zürich und dem Gemeinderat kooperieren. Der Umbau der Stadt Zürich gemäss den Entwicklungszielen ist ohne namhafte städtebauliche Eingriffe und Veränderungen nicht zu haben. Erste wichtige Massnahmen dazu sind Velostrassen als Beitrag zur Verkehrssicherheit. Wichtig sind auch Grün- und Freiraumqualität, Durchgangsplätze für Fahrende zum Schutz von Minderheiten, Seilbahnen sowie kurzfristige ÖV-Erschliessungen (insbesondere Tramlinie 1 und Tram Affoltern) für die zu verdichtenden Quartiere. Ebenso wichtig und viel komplexer ist es aber, das Bewusstsein für stadtsoziale und stadtatmosphärische Fragen zu schärfen und dafür – spätestens im kommunalen Siedlungsrichtplan – gemeinsam Verantwortung zu übernehmen.

Michael Baumer (FDP): Die FDP stand dem vorgelegten Richtplan positiv gegenüber, insbesondere weil die vorgegebene Siedlungsentwicklung in die richtige Richtung ging. Die langfristige Vorstellung davon, wie die Stadt Zürich in Zukunft aussehen soll, wurde auf später verschoben. Jetzt wurde der Richtplan aber so geändert, dass es uns schwierig erscheint, ihn noch vernünftig wahrnehmen zu können. Die meisten Einträge gehören nicht in einen regionalen Richtplan. Man kann zwar auf den Kanton vertrauen, dass er alles streicht, was keinen Sinn macht. Dennoch ist festzuhalten: Man war in der Debatte nicht bereit, z. B. den Mischverkehr zu verringern oder den Wirtschaftsstandort als Funktion des Verkehrs zu erwähnen. Zudem möchte man künftig den Bürgerinnen und Bürgern die Wohnfläche vorschreiben. Diese Forderungen hatte die Kommissionmehrheit noch abgelehnt. Die Debatte war zwar sachlich, aber die Anträge fördern tatsächlich nur das Velo. Das Velo vermag aber die Verkehrslast nicht zu tragen und behindert dadurch den öffentlichen Verkehr. Somit hat Rot-Grün die Verantwortung für die wachsende Stadt Zürich nicht wahrgenommen. Sie hat nichts für den ÖV getan, der die Hauptlast auch in Zukunft tragen sollte. In dieser Form fehlt dem Richtplan die Grundlage, um ein Bevölkerungswachstum von 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern in den nächsten 14 Jahren aufzufangen. Es hätte wenigstens aufgezeigt werden müssen, wie der Verkehr abgefangen werden soll. Deshalb wird die FDP den Richtplan, trotz einiger guter Elemente, ablehnen.

Markus Knauss (Grüne): Die Grünen haben seinerzeit beantragt, erst mit der Beratung der Bau- und Zonenordnung (BZO) anzufangen, wenn der kommunale Richtplan steht – das wollte die FDP aber auch nicht. Die Grünen stehen dem Wachstum und der Standortförderungs politik grundsätzlich kritisch gegenüber. Trotz dieser Vorbehalte haben sie sich entschieden, mit dem Richtplan das Maximum herauszuholen und die Stadt Zürich umzubauen: Die Stadt Zürich soll grüner und velofreundlicher werden. Diese Ziele haben wir in der Debatte erreicht und sind daher zufrieden. Mit dem Veloverkehr wird eine flächendeckende und flächeneffiziente Verkehrsinfrastruktur geschaffen – genau das ist in einem dicht besiedelten Raum nötig. Mit diesen Festlegungen werden wir die Entwicklung der Stadt Zürich massgeblich prägen. In den nächsten 15 Jahren lässt sich das effektiv umsetzen. Die U-Bahn hingegen ist ein «Märli». Die FDP hat nun Mehrheiten geschaffen für Anliegen (z. B. Seilbahnen), die sie am Schluss gar nicht mitträgt. Mit dem Eintrag der Bahn vom Stampfenbachplatz zum Rigiplatz wird eine teure Infrastruktur verlangt, obwohl bis 2025 in Oberstrass höchstens 900 Leute mehr wohnen werden. Durch die Bauliniensicherung für eine Talstation an der Stampfenbachstrasse 44 (gemäss einem Projekt aus dem Jahr 1942) wird der entsprechende Grundeigentümer faktisch enteignet. Wenn irgendwo Geld für den öffentlichen Verkehr eingesetzt werden muss, dann sicher in den Entwicklungsgebieten. Für die Grünen ist der grüne Richtplan allerdings nur eine Zwischenetappe. Wichtig ist, was in den nächsten 15 Jahren umgesetzt wird. Die Grünen werden nicht lockerlassen, auch nicht bezüglich einer anständigen Mehrwertabschöpfung.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Die Stadt Zürich wird weiterhin wachsen und vielleicht einfach ein wenig urbaner werden. Die GLP findet das gut. Weder Abschottungs-

reflexe noch Entdichtungsbemühungen bringen uns weiter, im Gegenteil. In der Herausforderung des Wachstums sehen wir eine Chance, unsere Zukunft nachhaltig zu gestalten. Wir wollen Antworten geben und Verantwortung übernehmen, also lehnen wir den Richtplan nicht ab. Die Bedingungen für ein gesundes Wachstum sind aus Sicht der GLP: 1. Lebensqualität erhalten, 2. Ressourcenverschwendung stoppen, 3. Urbanität zulassen. Die Wachstumsfrage wurde in dieser Debatte allerdings nicht wirklich angepackt. Die GLP hat immerhin versucht, die Dichtefrage ernstzunehmen. Sie hat für Suffizienz im Wohnraumbedarf plädiert, Hochhäuser wieder ins Spiel gebracht und auch die Verdichtung an Hanglagen unterstützt – alles mit durchzogenem Erfolg. Immerhin wurden in der Debatte aber gesellschaftsverträgliche Rahmenbedingungen für die Mehrwertabgabe definiert. Mit der Erstellung von Grün- und Erholungsraum haben wir Voraussetzungen für ein gesundes Stadtwachstum geschaffen. Mehr Einwohner brauchen mehr Platz, und zwar zur Erfüllung unterschiedlichster Bedürfnisse. Der Raum kann grün und biologisch wertvoll oder auch urban und öffentlich sein. Wichtig ist, dass der Raum allen zur Verfügung steht; genau darauf zielten die Anträge der GLP ab. Sie unterstützte auch Anträge, die gut fürs Stadtklima sind, weil sich der Klimawandel gerade in Städten bemerkbar machen wird. Freiraummassnahmen sollen die Verdichtung begleiten, aber sicher nicht verhindern. Da die Siedlungsentwicklung sehr eng mit der Verkehrsplanung verknüpft ist, wurde vor allem über Verkehr gesprochen – diese Diskussion hat die GLP sozusagen postideologisch geführt. Sie hat sowohl Anträge unterstützt, die die Wichtigkeit der Mobilität für die Wirtschaft unterstreichen, als auch Anträge abgelehnt, mit denen die Autoabhängigkeit und -selbstgerechtigkeit weiter verstärkt worden wäre. Das ressourcen- und platzeffiziente Velo hat Zukunft. Da wir die Veloinfrastruktur in der Stadt Zürich noch als ungenügend erachten, haben wir die meisten velofreundlichen Anträge unterstützt. Den Gegnern sei gesagt: Wer Gondelbahnen innovativ findet, kann Velobahnen nicht als utopisch abtun. Wir sind mit der FDP einig, dass man künftig auf getrennte Verkehrswege setzen sollte. In Sachen Tram- und Busverbindungen versuchten wir undogmatisch, umweltverträglichen Verkehr an die Siedlungsentwicklung anzupassen. Den halbinnovativen Anträgen zu Gondel- und U-Bahnen gaben wir eine Chance als Lösungsoption.

Peter Schick (SVP): Die SVP wird den Richtplan ablehnen, weil er zu viele Wunschträume und Ideologien enthält. Die bürgerlichen Anträge wurden fast alle abgelehnt. Es kann nicht sein, dass der Verkehrsträger Auto als Sündenbock dargestellt wird, während das Velo auf den Sockel gehoben wird als der Verkehrsträger, der in den nächsten Jahren alle Probleme lösen soll. Von einer ausgewogenen Diskussion darüber, wie das Bevölkerungswachstum auf die Strassen übertragen werden soll, war man weit entfernt. Es wird sich zeigen, ob der Inhalt des Richtplans umsetzbar ist. Wenn 80 000 Leute zusätzlich in die Stadt Zürich ziehen, wird der Plan mit den Grünflächen kaum aufgehen können. Es ist zu hoffen, dass in der Stadt Zürich irgendwann wieder einmal etwas zu Gunsten des Autos investiert wird.

Mario Mariani (CVP): In einer ersten Lesung hat die CVP den Richtplan grundsätzlich positiv beurteilt. Die Vorlage des Stadtrats war ausgewogen und zweckmässig. Nun ist noch etwas mehr Vision in den Richtplan eingeflossen, was sicher gut ist. Die Ausgewogenheit zwischen dem motorisierten Individualverkehr (MIV), dem ÖV und dem Langsamverkehr wurde aber sehr einseitig verschoben. Die CVP hat vergeblich versucht, Zeichen zu setzen und dieser Verschiebung entgegenzuwirken. Gewisse Themen werden wir weiterverfolgen, insbesondere die Bewirtschaftung von Veloabstellanlagen. Unsere Erwartungen an den kommunalen Siedlungsrichtplan sind: angemessene Verdichtung, Beibehaltung der Durchgrünung und optimale Rahmenbedingungen für das Gewerbe. Der Regierungsrat wird viele Verschiebungen wieder korrigieren, vor allem jene, die hohe Kosten verursachen, wie z. B. die Veloschnellstrassen. Mit ihrer Enthaltung will die CVP ihre Verärgerung über die einseitige Verschiebung ausdrücken.

Marco Denoth (SP): *Ich persönlich fühle mich nicht als Gewinner, wenn ein bedeutender Teil des Parlaments den Richtplan ablehnt. Das ist sehr schade. Zu unserem Schwerpunkt Velo stehen wir: Der Veloverkehr beschäftigt die Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher sehr. Im Richtplan wurde ein Startschuss gesetzt, damit die Stadt Zürich sich zu einer Velostadt entwickeln kann. Wenn man mehr Platz für Velos schafft, findet eine Entflechtung statt, und das wird den MIV und den ÖV entlasten. Wo die Velostrassen eingetragen wurden, bestanden vorher noch keine Richtplaneinträge. Es wird also eine neue Möglichkeit geschaffen, und dadurch kann anderswo vielleicht auch einmal ein Velostreifen aufgehoben werden. Es wäre illusorisch, zu glauben, im Rahmen einer Richtplanänderung liesse sich die ganze Verkehrspolitik ändern. Leider sind meine Voten bei der FDP nicht richtig angekommen, und auch die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) hat sie nicht richtig verstanden. Die SP hat übrigens keinen einzigen Antrag gegen den MIV gestellt. Die Anträge der Grünen haben wir aber natürlich mitunterstützt. Die Stadt Zürich ist in erster Linie eine Autostadt, und wir versuchen lediglich, für die anderen Verkehrsträger auch einen Platz zu schaffen.*

Sven Sobernheim (GLP): *Die Haltungen der CVP und der FDP finde ich schwierig. Die Region Winterthur hat ihren Richtplan schon verabschiedet, ohne dass der Kanton Zürich die Velobahnen kritisiert hätte. Der Kanton sieht die Velobahnen durchaus als Option und wird sie hoffentlich auch bei uns nicht herausstreichen. Die GLP erachtet alle Verkehrsträger als wichtig und will eine Entflechtung. Wenn wir bereit sind, die 80 000 zusätzlichen Personen, die übrigens nicht nur aus dem Ausland kommen werden, aufzunehmen, dann sollten wir nicht im Sinn einer Pflicht darüber sprechen.*

Thomas Schwendener (SVP): *Das Auto ist nun einmal der Sündenbock, und dadurch werden Unternehmer und Ladenbetreiber bestraft. Es wird immer Gewinner und Verlierer geben, aber sie sollten nicht so einseitig verteilt sein. Man sollte vielmehr Hand in Hand gehen. Ausserdem vertritt auch die SVP einen gewissen Teil der Bürger. Seit Jahren möchten wir in Zürich Nord den Rückstau an der SBB-Linie auflösen, aber bevor der Nordring überhaupt fertig ist, kommt die Gegenseite schon mit flankierenden Massnahmen daher. Sie will das Verkehrschaos provozieren, Busspuren abbauen und die Bevölkerung mit Dreck und Abgasen belasten. Weil wir hinter solchen Sachen nicht stehen können, lehnen wir den Richtplan ab – und übernehmen gerade dadurch Verantwortung.*

Niklaus Scherr (AL): *Die AL-Fraktion wird dem Richtplan zustimmen. Die Debatte hat zwar eine Schlagseite Richtung Verkehrspolitik erhalten. In den Planungsdiskussionen nimmt der Rat sozusagen eine mobile Froschperspektive ein; man fühlt sich wohl, wenn man über einen Göppel, ein Auto, ein Seilbähnli oder ein U-Bähnli reden kann. Das finde ich traurig. Ich hätte mir engagiertere Diskussionen und ehrlichere Voten vonseiten der SVP bezüglich der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative gewünscht. Die SVP will die Greater Zurich Area und Steuererleichterungen pushen, aber gleichzeitig beklagt sie sich darüber, dass zu viele Leute kommen. Das macht die SVP zur inkonsequentesten und inkonsistentesten Fraktion in dieser Debatte. Über Themen wie Siedlungsentwicklung und Verdichtung war in der Schlussdebatte nichts mehr zu hören. Es muss auch geschaut werden, dass eine Stadt bewohnerfreundlich wachsen kann – und das ist eben nicht nur eine verkehrspolitische Frage. Zum Glück wurden aber auch ein paar gute Anliegen im Richtplan verankert.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *In einem Richtplan sollten gegenseitige Rücksichtnahme und Verständnis zum Ausdruck kommen. Toleranz sollte vor der Bevormundung stehen. Ich habe nichts gegen den öffentlichen Verkehr; Reisen mit der Bahn kann durchaus attraktiv sein. Dass mit dem aufgegleisteten Verkehrsplan den Menschen etwas*

Bestimmtes aufgedrängt werden soll, stört mich aber. Der Plan ist nun einmal gegen den MIV gerichtet. Efeu und Velo, das sind die zwei prominentesten Mittel. Die Grünen übertreiben es mit ihren Forderungen für das Velo. Diese Art von Verkehrspolitik hat dazu geführt, dass man heute schneller von Basel in Zürich ist als von der Zürcher Stadtgrenze am Milchbuck oben. Durch die Pfortneranlagen schaffen es jeweils nur zwei bis fünf Autos. Angesichts von Zugsausfällen und Verspätungen ist ein Ausweichen auf die Bahn auch nicht alles. Auch der Nordring ist verstopft, weil die Baustellen immer noch im Gang sind. Am besten wäre es, den Verkehr von der Stadt wegzubringen, z. B. mittels einer Autobahn von Wülflingen über Bülach nach Baden. Doch ein solches Projekt wurde von den Bürokraten in Bern nicht für nötig befunden. Sie verwiesen auf die dritte Spur im Gubristtunnel, die aber immer noch nicht da ist, und zwar wegen einer Planung, die regelrecht zu Einsparungen eingeladen hat. Es bleibt also nichts anderes übrig, als den Richtplan abzulehnen.

Derek Richter (SVP): *Der Richtplan muss als weitgehend untauglich qualifiziert werden. Er trägt der Stadt Zürich nicht Rechnung. Die Gegenseite will qualitativen Zuzug durch Verdichtung erreichen. Für die bürgerlichen Parteien gibt es ein Miteinander und Nebeneinander aller Verkehrsträger. Die Partikularinteressen kommen vor allem vom Verkehrsclub der Schweiz (VCS) aus und beziehen sich nur auf das Velo. Die Zuzüger brauchen zusätzlichen Raum, zusätzliche Verkehrsinfrastruktur usw. Die schrecklich einseitige Diskussion beleuchtete nur den Personenverkehr, dabei brauchen mehr Personen auch mehr Waren – soll die Ware etwa mit dem ÖV transportiert werden? Es ist bereits heute eine Zumutung, mit dem Auto oder dem Lastwagen durch die Stadt Zürich zu fahren. Der Verkehr kollabiert jeden Tag, was einen grossen wirtschaftlichen Schaden generiert. Es stimmt, dass man Lärm an der Wurzel bekämpfen muss. Es gibt aber auch z. B. Glockengeläute, Fluglärm und Bahnlärm – das sollte auch alles bekämpft werden. Die einzigen Visionen im Richtplan stammen von uns (U-Bahn) und von der FDP (Drohnen-Konzept). Die Entwicklung des Autos bleibt nicht stehen und sollte auch berücksichtigt werden. Aber für die Grünen ist es eben einfacher, auf das Velo – übrigens ein saisonales Verkehrsmittel – zu setzen. Zum Schluss ein Zitat von Abraham Lincoln: «Wer anderen die Freiheit verweigert, verdient diese nicht selbst.»*

Stefan Urech (SVP): *Zwei Voten haben mir schlaflose Nächte bereitet, weil sie böse falsch waren. Markus Knauss (Grüne) sagte, die 100 000 zusätzlichen Leute seien Regierungsrat Markus Kägi zu verdanken. Das stimmt natürlich nicht. Weiter wiederholte Niklaus Scherr (AL) heute, es sei ein Widerspruch, wenn die SVP gegen Wachstum sei, aber jetzt eine U-Bahn fordere. Die SVP will natürlich keine U-Bahn, aber sie sieht sich vor vollendete Tatsachen gestellt und muss ihre Vorstellungen anpassen. Die SVP war in der Debatte sehr kompromissbereit und bot Hand für ein Miteinander der Verkehrsträger.*

Severin Pflüger (FDP): *Wir haben gehört, der Richtplan sei visionär, zukunftsweisend und vor allem auf das bevorstehende grosse Bevölkerungswachstum zugeschnitten. Statistik Stadt Zürich hat die Bevölkerungsprognose im März 2016 angepasst. Es wurde aber kein einziger Antrag als Reaktion auf die angepasste Bevölkerungswachstumsprognose eingereicht, d. h., es wurden keine Visionen entwickelt. Der Richtplan geht nach wie vor vom alten Bevölkerungswachstum aus. Auch sonst findet sich keine Vision darin, etwa bezüglich Wirtschaft. Der Versuch der FDP, das Wort «Wirtschaft» einzubringen, fand keine Mehrheit. Es stimmt, der Rat hat lieber über das Velo gesprochen. Für uns ist das Velo auch ein wichtiger Verkehrsträger, aber nicht der einzige und nicht derjenige, dem alles untergeordnet werden müsste. Wir sind keine velofeindliche Partei. Der MIV wird aber auch in Zukunft gebraucht für die Versorgung und die Mobilität der Bevölkerung. Das Velo kann ergänzen, wie übrigens auch der öffentliche Verkehr, der in der Debatte aber leider viel zu kurz gekommen ist. Es wird uns zu Unrecht Autofanatis-*

mus vorgeworfen. Die Ablehnung des Richtplans ist verantwortungsvoll. Es kommt nicht darauf an, wie viele MIV-feindliche Anträge die SP selber gestellt hat, sondern darauf, wie viele sie unterstützt hat.

Markus Hungerbühler (CVP): In der Debatte ging es in erster Linie um die Velos. Die CVP ist sehr enttäuscht über das unausgewogene Resultat. Ihrer Meinung nach sollten alle Verkehrsträger ihren Platz haben. Die ausgewogene, vernünftige stadträtliche Vorlage hätten wir unterstützt und wären auch bereit gewesen, zwei, drei Schritte auf die Gegenseite zu gehen. Die Gegenseite aber blieb stur und ideologisch. Das Parteiprogramm von Rot-Grün wurde eins zu eins im Richtplan umgesetzt. Die CVP hat einen guten Antrag gebracht, der eine Mehrheit fand. Natürlich ging es um Partikularinteressen – um was denn sonst? Markus Knauss (Grüne) ist wenigstens ehrlich und gibt zu, dass die Grünen ihre Ziele erreicht haben – leider. Es stimmt übrigens, dass Zürich keine Velostadt ist, und das wird – schon nur aus topografischen Gründen – auch so bleiben. Gemäss Sven Sobernheim (GLP) steht die GLP für alle Verkehrsträger ein – das Abstimmungsverhalten der GLP sah aber anders aus.

Samuel Balsiger (SVP): Es wurde behauptet, der böse bürgerliche Kanton Zürich schiebe die Masseneinwanderung auf die Stadt Zürich, und die Stadt müsse das Ganze ausbaden. Wie Stefan Urech (SVP) richtig gesagt hat, ist es aber die Gegenseite, die ständig mehr Asylforderer in der Stadt Zürich haben möchte. Wenn man die Masseneinwanderung zulässt, darf man sich nicht darüber beklagen, dass die sozial Schwachen aus der Stadt getrieben werden, und die Infrastruktur für Hunderte Millionen Franken erneuert werden muss. Es wird immer behauptet, die AHV profitiere von der Einwanderung, aber in die Kosten-Nutzen-Rechnung müssen eben alle Kosten einbezogen werden, auch diejenigen für die Infrastruktur. Zudem steigen die Mieten, wenn 100 000 Leute in eine Stadt einwandern, die heute 400 000 Einwohner hat und praktisch schon ganz verbaut ist. Das Angebot wird verknappt, und günstiger Wohnraum verschwindet. Die Gegenseite ist also gar nicht für günstigen Wohnraum und für die sozial Schwachen. Wir brauchen keine innovativen Lösungen, wie z. B. neuartige Transportmittel, sondern einfach weniger Leute und eine kontrollierte Einwanderung. Wer gegen Masseneinwanderung ist, ist ja nicht gegen Ausländer oder grundsätzlich gegen Einwanderung. Die Schweiz ist ein tolerantes und offenes Land, aber die Einwanderung sollte massvoll erfolgen. Wenn die Leute sich in der Stadt Zürich keine Wohnungen mehr leisten können und in die Agglomeration ziehen müssen, schwindet der Rückhalt für die Einwanderung.

Dr. Urs Egger (FDP): In diesen zwei Tagen der Debatte gab es ein paar erstaunliche Entwicklungen. So setzt sich etwa die SP nicht mehr für die Arbeiterschaft ein, sondern nur noch für die Velos. Sie hat die Anträge der Grünen unterstützt, was dazu führte, dass Markus Knauss (Grüne) die Diskussion dominierte. Schön, wenn er mit dem Velo glücklich wird. In der Stadt Zürich gibt es aber auch noch ein paar andere Probleme, die allerdings völlig untergegangen sind. Verkehr ist übrigens naturgemäss ortsfremd, insofern sind gewisse Definitionen etwas merkwürdig. Nie erwähnt wurde der für die Stadt Zürich enorm wichtige Wirtschaftsverkehr, bei dem es am Schluss um Arbeitsplätze geht. Wir brauchen Wachstum – wie sonst wollen wir die Renten finanzieren? Das sind die echten Sorgen der Stadtbevölkerung. Die Medienberichterstattung hat deutlich aufgezeigt, wie die velofixierte Debatte des Gemeinderats in der realen Aussenwelt angekommen ist.

Michael Schmid (FDP): Die in den Richtplan eingetragenen Seilbahnen sind super, vermögen aber nicht, die vielen grün-roten Beschlüsse vergessen zu machen. Der Co-Präsident der SP bedauert, dass der Richtplan nicht von einer breiten parlamentarischen Mehrheit getragen wird. Daran ist die SP aber selber schuld. Leider ist sie nicht

für die Entflechtung des Verkehrs eingestanden. Die Stadt Zürich wird wirklich nie eine Velostadt werden, schuld daran ist der Linthgletscher. Die grünen Luftschlösser, zu denen auch die Pocket Parks gehören, werden den Realitätstest nie bestehen bzw. nicht einmal antreten müssen – da zählen wir voll auf den Regierungsrat.

Dr. Mario Babini (parteilos): *Der statistischen Aussage, wonach die Stadt Zürich bis 2030 um 80 000 Menschen wächst, stehe ich skeptisch gegenüber. Das würde einer Compounded Annual Growth Rate von lediglich 1,25 Prozent entsprechen. Da aber weltweit ein exponentielles Bevölkerungswachstum im Gang ist, müssen wir wahrscheinlich mit mehr als 100 000 Menschen rechnen. Unter diesem Gesichtspunkt ist es verwunderlich, dass z. B. um die Breite von Velowegen gestritten wurde. Von beiden Seiten kamen zwar innovative Ideen, wurden aber leider aufgrund ideologischer Vorgaben abgeschmettert. Ich hoffe, der Regierungsrat möge auch die Minderheitsanliegen zur Kenntnis nehmen.*

Markus Knauss (Grüne): *Es wäre der FDP offengestanden, Anträge zum Thema Wirtschaft zu stellen. Mit den Richtplaneinträgen zum Verkehr reagieren wir auf die reale Situation: Der Raum ist beschränkt, und das Verkehrssystem muss an Qualität gewinnen und effizienter werden. Wir sind moderat geblieben und haben z. B. keine Abklassierungsschlacht geliefert. Auch wollten wir der SVP die Peinlichkeit ersparen, dass der Regierungsrat die Tunnels aus finanziellen Gründen ablehnen müsste. Zum Thema Grünraum hätte ich von der SVP auch ein paar Antworten erwartet. Mit unseren Anträgen können wir die Klimakatastrophe nicht verhindern, aber wir können sie lokal verträglicher ausgestalten. Den Menschen soll es in der Stadt Zürich wohl sein, und das geht nicht ohne Grün. Ja, unsere Anträge zielen auf eine städtische Idylle ab. Da wir keine grossräumigen Parks schaffen können, wollen wir Pocket Parks, wo sich die Menschen treffen können.*

Mark Richli (SP): *Im Vorfeld der Debatte stand die Frage im Raum, ob diese Vorlage in die Redaktionskommission (RedK) soll oder nicht. Das Rechtsgutachten der Rechtskonsultantin war nicht ganz eindeutig. Die Vorlage hätte durchaus in die ReK gehen können. Im Sinn einer einigermaßen effizienten Abhandlung hätte die RedK ein massiv beschleunigtes Verfahren vorgeschlagen. Das wäre dieser Vorlage gut angestanden, enthielt doch schon die stadtträtliche Vorlage eine ganze Reihe kleiner Fehler. Insbesondere die Anträge der Kommission enthielten z. T. grobe Schnitzer. Das Büro des Gemeinderats hat aber entschieden, das Geschäft nicht der RedK zu überweisen. Die RedK kann mit dieser Entscheidung gut leben. Es ist aber nicht gerade ein Zeichen qualitativer Kommissions- und Ratsarbeit, das Geschäft so dem Regierungsrat zu überweisen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *Nach dieser durchaus hitzigen Debatte hat der Gemeinderat den Boden geschaffen für eine prosperierende Entwicklung und ein nachhaltiges Wachstum der Stadt Zürich. Er hat eine engagierte Grundsatzdiskussion geführt, denn bei einem regionalen Richtplan ist Weitsicht gefragt. Heute wurde noch einmal klar, dass eine Einigung nicht in allen Punkten möglich ist. Es haben sich aber alle gut zugehört, und ich gehe davon aus, im Zusammenhang mit den weiteren Vorlagen werden noch hitzigere Diskussionen geführt werden. Für den weitgehend sachlich geführten Diskurs möchte ich mich bedanken; es zeigte sich darin auch eine Wertschätzung und Würdigung des ausgewogenen stadtträtlichen Vorschlags. Der Richtplan ist ein Kosmos, der auch für Ordnung steht. Bei einem Thema ist es aber nicht gelungen, Ordnung zu schaffen, nämlich bei den Zahlen. Hierzu ein paar Präzisierungen: Die Stadt Zürich hat genug Platz, um das erwartete Wachstum zu bewältigen. Für Statistik Stadt Zürich ist das wahrscheinlichste Szenario 85 000 zusätzliche Bewohnerinnen und Bewohner bis 2030. Zur*

Berechnung eines planerischen Wachstums ziehen wir die aktuell gültige Bau- und Zonenordnung (BZO) heran und erkennen darin bis 2040 ein Potenzial für zusätzlich 100 000 Neubewohnerinnen und -bewohner. Es handelt sich hierbei um einen realistischen Wert, der theoretische Wert wäre noch sehr viel grösser. Mit dem kommunalen Richtplan denken wir über diese Grenze hinaus, und zwar vor allem durch Verdichtung innerhalb des Bestands. Somit gilt es, den planerisch zusätzlich vorhandenen Platz so gut wie möglich zu nutzen. Der regionale Richtplan ist ein Teil dieser Planung und er enthält auch ein Zielbild für die Wirtschaft. Es ist nicht der Moment, um über Angst vor dem Bevölkerungswachstum zu diskutieren. Die Raumplanung muss planerisch Kapazitäten sichern. Dadurch wird auch der Druck von der Landschaftszersiedelung genommen. Es ist uns lieber, wenn mehr Leute in der Stadt Zürich wohnen und Steuern zahlen, als wenn mehr Leute in die Stadt pendeln. Durch die Verkehrsdiskussion wurde der Blick auf den gesamten Richtplan etwas vernebelt. Verkehr ist nur ein Aspekt des Richtplans. In der stadträtlichen Vorlage wurden kommunale Abstimmungen reflektiert und abgebildet. Ein stadträtlicher Verkehr muss anvisiert werden, das hat aber nichts mit einer Verteufelung des Autos zu tun. Der Gemeinderat hat klagemacht, dass dem Gewerbe keine unnötigen Steine vor die Räder gelegt werden sollen. Der Kanton Zürich wird den Richtplan nun auf seine Vereinbarkeit mit den übergeordneten Planwerken sowie auch auf die Nachvollziehbarkeit der Beschlüsse hin überprüfen. Ich bin überzeugt, dass der Kanton Zürich die gemeinderätliche Vorlage grundsätzlich wohlwollend prüfen und dem Willen der Region Respekt entgegenbringen wird. Einmal in Kraft getreten, ist der Richtplan behördenverbindlich und somit von der Verwaltung als eine Art Auftrag zu verstehen. Es geht um Zentrumsgebiete, schutzwürdige Ortsbilder, Siedlungsstrukturen, Naturschutz, Gewässer, Wald und auch um den Verkehr. Der Gesamtstadtrat ist überzeugt, mit dem regionalen Richtplan ein fachlich sorgfältig ausgeschaffenes und demokratisch legitimes Instrument zu haben, das die Stadt Zürich gut wachsen lässt.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit:	Präsident Michael Baumer (FDP), Referent; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Markus Kunz (Grüne) i. V. von Gabriele Kisker (Grüne), Albert Leiser (FDP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Niklaus Scherr (AL), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP),
Minderheit:	Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP), Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 42 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Die Gesamtüberarbeitung des regionalen Richtplans Stadt Zürich wird gemäss nachstehenden Unterlagen, alle datiert vom 29. Oktober 2014, sowie den vom Gemeinderat beschlossenen Änderungen zuhanden des Regierungsrats für die Festsetzung verabschiedet:

- Richtplankarte (Kapitel regionales Raumordnungskonzept, Siedlung, Landschaft, Verkehr, Ver- und Entsorgung sowie öffentliche Bauten und Anlagen)
 - Teilrichtplankarte Siedlung und Landschaft im Massstab 1:25 000
 - Teilrichtplankarte Verkehr im Massstab 1:25 000
 - Teilrichtplankarte Versorgung, Entsorgung im Massstab 1:25 000
2. Der Erläuterungsbericht zu den Einwendungen wird als Teil dieser Vorlage zur Kenntnis genommen und ebenfalls zuhanden der Festsetzung durch den Regierungsrat verabschiedet.

Alle erwähnten Unterlagen sind im Internet zugänglich:

www.stadt-zuerich.ch/richtplan

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 13. April 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 12. Mai 2016)

1811. 2015/322

Weisung vom 30.09.2015:

Immobilien Stadt Zürich und Grün Stadt Zürich, Schütze-Areal, Industriequartier, Instandsetzung und Umbau des Schulhauses Heinrichstrasse, Erstellung eines Anbaus mit Kindergarten, Quartierhaus, Bibliothek und Sporthalle sowie eines Quartierparks, Investitionsbeitrag an die PBZ Pestalozzi-Bibliothek Zürich, Objektkredit

Ausstand: Raphael Kobler (FDP)

Antrag des Stadtrats

A. Zuhanden der Gemeinde:

Für die Instandsetzung und den Umbau des Schulhauses Heinrichstrasse, die Altlastensanierung, die Erstellung eines Anbaus mit Kindergarten, Quartierhaus, Bibliothek und Sporthalle sowie eines Quartierparks (Fr. 58 655 000.–) und für den Investitionsbeitrag an die Pestalozzi-Bibliothek Zürich für die zusätzliche Führung der Quartierbibliothek auf dem Schütze-Areal (Fr. 2 350 000.– für die Anschaffung von Medien, Betriebseinrichtungen und Ausstattung) wird ein Objektkredit von Fr. 61 005 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (1. April 2014) und der Bauausführung.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz

1. Vorbehältlich der Zustimmung der Gemeinde zu Ziff. A wird der Stadtrat ermächtigt, mit der Pestalozzi-Bibliothek Zürich einen Mietvertrag über die Nutzung der Bibliotheksräume auf dem Schütze-Areal abzuschliessen und die Ausrichtung des Investitionsbeitrags von Auflagen und Bedingungen abhängig zu machen.

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat dem Gemeinderat im Rahmen der nächsten ordentlichen Erneuerung des Betriebsbeitrags an die Pestalozzi-Bibliothek Zürich eine durch die zusätzliche Führung der neuen Schwerpunktbibliothek bedingte Erhöhung des Betriebsbeitrags beantragen wird.
3. Das Postulat GR Nr. 2001/595 von Heinz Bögle und Reto Dettli (beide SP) vom 21. November 2001 betreffend Industriequartier, Bau eines Quartierzentrums

- wird als erledigt abgeschrieben.
4. Das Postulat, GR Nr. 2009/592, von A. Recher (AL) und Karin Rykart Sutter (Grüne) vom 9. Dezember 2009 betreffend Quartierinfrastruktur im Kreis 5 wird als erledigt abgeschrieben.
 5. Das Postulat, GR Nr. 2012/404, von Marcel Schönbächler und Mario Mariani (beide CVP) vom 7. November 2012 betreffend Schütze-Areal, Umgestaltung in eine kinder- und familienfreundliche Parkanlage wird als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent Schlussabstimmung:

Patrick Hadi Huber (SP): *Im Jahr 2000 wurde der Bau eines Schulhauses gefordert, später folgten die Forderungen nach einem Quartierzentrum und weiteren Quartierinfrastrukturen. Die Spezialkommission Hochbaudepartement, Stadtentwicklung (SK HDB/SE) diskutierte die Frage, wann in einem Projekt der richtige Zeitpunkt zum Sparen wäre. In der Folge wurde die Forderung gestellt, bei der Ausarbeitung des Kostenvoranschlags für den Bereich der Hochbauten seien unter Berücksichtigung der behindertengerechten Bauweise die Zielkosten von 48 auf 45,6 Millionen Franken zu senken. Das Projekt wurde uns nun so vorgelegt und umfasst trotzdem alles, was in den letzten 16 Jahren gefordert wurde. Es handelt sich um ein identitätsstiftendes Zentrum im Quartier, das auch Synergien zwischen allen Nutzungen bringen wird. Letztes Jahr wurde die nötige Umzonung und gleichzeitig auch die Aufhebung des bestehenden Gestaltungsplans verabschiedet. Ziel des Projekts war es, auf der kleinstmöglichen Grundfläche und unter grösstmöglicher Ausdehnung des Parkbereichs zu bauen. Für das Quartierhaus ist ein Realersatz vorgesehen. Das Quartierhaus stellt multifunktionale Räume zur Verfügung. Die Errichtung der Perstalozzi-Bibliothek (PBZ) war von Anfang an Bestandteil des Projekts. Die Anzahl Kinder erfordert die Sanierung des Schulhauses und die Erstellung eines Anbaus. Auch der Aussenraum wird umgestaltet. Die Einsparmassnahmen umfassten die Optimierung des Entwurfs, die Reduktion um eine Kindergartenklasse, ein provisorisches und nun aber dauerhaft genutztes Züri-WC, ein vereinfachter Innenausbau sowie eine massvolle Eingriffstiefe in den Altbau. Der Bezug des Schulhauses sollte auf das Schuljahr 2019/2020 hin erfolgen, und der Park sollte 2020 eröffnet werden. Mit der PBZ wird ein Mietvertrag ausgearbeitet, und der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass später aufgrund des Ausbaus als Schwerpunktbibliothek ein höherer Betriebsbeitrag beantragt werden wird. Die pendenten Postulate werden abgeschrieben. In der Kommission wurde das Projekt intensiv geprüft. Eine Minderheit möchte den Sportplatz einzäunen, und eine Minderheit möchte die Rohbauten für spätere Videoinstallationen ganz aus dem Budget streichen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 1 zu Dispositivpunkt A:

Michael Baumer (FDP): *Die Minderheit will die Rohinstallation für die Überwachungskameras offenbar kürzen. Die Verwaltung hat klar aufgezeigt, dass sichtbar installierte Videokameras durchaus eine präventive Wirkung haben und somit viele Probleme, insbesondere Sprayereien, verhindern können. Es wird einerseits eine Abschreckungswirkung erzielt, andererseits wird Kontrolle ermöglicht. Die Überwachungskameras würden nicht zur Ablage von Daten über Personenbewegungen missbraucht, sondern nur virtuell ausgewertet und nach einer gewissen Zeit wieder gelöscht. Die Daten würden nur nach einem Vorfall eingesehen. Es fragt sich natürlich, ob es Sinn macht, bereits Überwachungskameras zu installieren, bevor es überhaupt zur ersten Sprayerei gekommen ist. Am in Frage stehenden Standort ist das Potenzial aber vorhanden. Der vorliegende Antrag möchte sogar die Rohinstallation der Kameras verhindern. Dadurch hätte man zu*

einem späteren Zeitpunkt, wenn eine Überwachung doch noch gewünscht wäre, sehr viel höhere Kosten als die 65 000 Franken, die jetzt «gespart» werden. Ein nachträglicher Bau von Rohinstallationen bei einem fertigen Gebäude würde garantiert einen sechs- bis siebenstelligen Betrag nach sich ziehen.

Gabriele Kisker (Grüne): Die angebliche Problemzone wurde noch nie geprüft. Ist ein Gebäude von Vandalismus betroffen, so werden nach der Praxis der Immobilien-Bewirtschaftung IMMO grundsätzlich zuerst organisatorische und anschliessend bauliche Massnahmen geprüft, um die Schäden und damit verbundene Kosten zu reduzieren. Beides ist noch nicht erfolgt. Die Installation einer Videoüberwachung wird als dritte mögliche Massnahme in Betracht gezogen. Kameras werden nur installiert, wenn es über längere Zeit Vandalismus gibt, und die Schadenbelastung zu gross wird. An der Heinrichstrasse soll nun ohne Vandalismus-Nachweis vorauseilend die schwerwiegendste Massnahme getroffen werden. Das widerspricht sowohl dem überwiesenen Postulat zur Reduktion der Anzahl Videokameras zur Vandalismusprävention bei Schulanlagen wie auch der Antwort auf die schriftliche Anfrage der GLP. Die Verwaltung soll den Einsatz von Kameras immer wieder kritisch hinterfragen und nicht einfach aufs Geratewohl überwachen. Im Rahmen der Kongresshaus-Sanierung wird auch auf bauliche Rohmassnahmen verzichtet; sollte es doch noch nötig werden, könnte ohne Weiteres nachgerüstet werden. Eine Nachrüstung ist nicht problematisch und auch nicht teuer, denn Videokameras könnte man auch z. B. kabellos installieren. Die Rohinstallation, die Kameras selbst sowie auch deren Bewirtschaftung, das kostet recht viel. Wir wollen einen vernünftigen Umgang mit Überwachung und keine Überwachung auf Vorrat.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 2 zu Dispositivpunkt A:

Patrick Hadi Huber (SP): Aus Sicht der Mehrheit ist eine vorweggenommene Einzäunung nicht nötig. Dadurch würde man schon im Vorfeld aussagen, auf dem Hartplatz würde Schlimmes passieren. Die nahe gelegene Josefwiase, ebenfalls eine Ausgehmeile, ist auch nicht Gegenstand einer verstärkten Überprüfung, weil dort schlicht nichts Entsprechendes passiert.

Thomas Schwendener (SVP): Hier würde man am falschen Ort sparen. Am Standort des Schulhauses passiert so einiges, nachts urinieren dort Leute, es hat Hunde usw. Mit den Überwachungskameras möchten wir eine Art Stopp-Wirkung erzielen. Andere Schulhäuser sind z. T. ähnlich geschlossen. Vorbeugen ist besser als Heilen. Spätere Ergänzungen kommen immer teurer zu stehen.

Weitere Wortmeldungen:

Reto Vogelbacher (CVP): Die Weisung schlägt sechs Fliegen auf einmal. Die CVP ist zu 100 Prozent überzeugt, dass das ausgewogene Projekt stimmt, und sagt deshalb zu allen Punkten Ja. Insbesondere wurden nun auch Forderungen verschiedener Postulate erfüllt, so auch die Umgestaltung in eine kinder- und familienfreundliche Parkanlage. Zum Änderungsantrag 1 zu Dispositivpunkt A: Es macht nicht viel Sinn, den Objektkredit um den Betrag für die Rohinstallation zu reduzieren. Ein späterer Einbau würde ein Mehrfaches kosten. Eine Überwachung durch die Securitas-Patrouille ist übrigens auch nicht gratis. Der Antrag kollidiert auch mit dem später zu behandelnden SP-Postulat. Zum Änderungsantrag 2 zum Dispositivpunkt A: Wir können teilweise nachvollziehen, dass die SVP gewisse Bedenken hat. Ein hoher Maschendrahtzaun mit zwei Toren, die geöffnet und geschlossen werden müssen, ist aber nicht nötig. Es hätte auch ein Holzzaun wie z. B. bei der Josefwiase genügt. Das Quartier wünscht sich, dass die Anlage öffentlich zugänglich ist. Der Hartplatz ist auch ein Teil des Quartierparks. Zudem stellen das Quartierhaus und die Bibliothek sicher eine Belebung dar, sodass auch eine gewis-

se soziale Kontrolle stattfindet.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Die GLP freut sich darüber, dass man mit diesem Projekt neue Wege geht. Wir begrüßen das auf die Quartierbedürfnisse fokussierte Vorgehen und das vorgestellte Projekt. Erfreulich ist auch, dass unsere ursprüngliche Kürzung der Zielkosten im Projektierungskredit eingehalten und von der Verwaltung ausführlich aufgezeigt wurde. Wir werden der Weisung diesbezüglich vorbehaltlos – und ohne eingrenzende Sicherheitsszäune – zustimmen. Gestolpert sind wir aber über die voreilig installierte Videoüberwachungsinfrastruktur. Diese steht im Widerspruch zu einer schriftlichen Anfrage von mir und Samuel Dubno (GLP). Dort wurde nämlich festgehalten, die Installation teurer Kameras an Schulhäusern werde nur mit grösster Zurückhaltung vorgenommen und nur als allerletzte Massnahme. Vor der Installation von Kameras komme immer noch die soziale Kontrolle. Diese sollte beim vorliegenden Projekt funktionieren. Unsere Ablehnung der Videokameras als erste, statt letzte Massnahme zur Verhinderung von Vandalismus entspricht auch dem vor zwei Jahren mit 109 Stimmen überwiesenen Postulat von Samuel Dubno (GLP) und mir. Dieses fordert, dass Videoüberwachung nur punktuell und nicht flächendeckend eingesetzt wird. Es ist nach wie vor umstritten, ob teure Kameras tatsächlich die erhoffte Abschreckungswirkung erzielen. Und wenn es nur um die Abschreckung geht, könnte man vielleicht auch At-trappen anbringen. Ausserdem steht jetzt Graffiti-resistente Farbe zur Verfügung, das wäre vielleicht günstiger.

Stefan Urech (SVP): Das Schulhaus gefällt uns. Wir sind froh, dass man auf Luxus verzichtet hat. Auch auf das Pärkli freuen wir uns. An dieser Stelle möchte ich die Verwaltung daran erinnern, dass sie uns normale Bänkli versprochen hat, also keine Betonblöcke. Es stört uns aber, dass bis auf die Mobility-Parkplätze alle Parkplätze für die Lehrpersonen gestrichen wurden. Die zuständige Kreisschulpflegepräsidentin sagte uns in der Kommission, bei ihr komme man nicht mit dem Auto zur Arbeit. Ich bin immer davon ausgegangen, dass in der Stadt Zürich Lehrpersonen nach ihren Fähigkeiten ausgesucht werden. Wer im Kreis 4 und 5 aber mit dem Auto ans Bewerbungsgespräch geht, kann offenbar gleich wieder weiter fahren. Im Gegensatz zu den vielen Präventionsanlässen an der Primarschule, für die es keinen ausgewiesenen Nutzen gibt, haben die Videokameras tatsächlich einen Nutzen; nach der Einführung gehen die Sprayereien praktisch auf null zurück, und in 32 Fällen seit 2010 konnte die Stadtpolizei solche Bilder für die Fahndung verwenden. Die Josefwiase kann man nicht mit dem Hartplatz vergleichen. Den Park wollen wir nicht einzäunen, aber der Hartplatz soll – wie andere solche Plätze – zeitlich begrenzt öffentlich zugänglich sein, nämlich von 7 bis 22 Uhr. Wie kann es sein, dass man an einer Schulhauswand unbedingt 14 Kameras will, einen kurzen Steinwurf davon entfernt aber auf soziale Kontrolle setzt?

Thomas Schwendener (SVP): Eine Kamera muss irgendwie eingespiessen werden, das ist kabellos schwierig. 65 000 Franken geteilt durch 14 Kameras ergibt rund 4640 Franken pro Kamera, was nicht so viel ist. Die Kosten für die Auswertung und den Unterhalt einer solchen Kamera schätze ich nicht hoch ein. Ich möchte vom Stadtrat einmal wissen, worin der Unterhalt von 14 Kameras eigentlich genau besteht. Ich kann mir nämlich nicht vorstellen, dass das viel zu tun gibt.

Änderungsantrag 1 zu Dispositivpunkt A

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts A:

A. Zuhanden der Gemeinde:

Für die Instandsetzung und den Umbau des Schulhauses Heinrichstrasse, die Altlastensanierung, die Erstellung eines Anbaus mit Kindergarten, Quartierhaus, Bibliothek und Sporthalle sowie eines Quartierparks (Fr. 58 655 000.–) und für den Investitionsbeitrag an die Pestalozzi-Bibliothek Zürich für die zusätzliche Führung der Quartierbibliothek auf dem Schütze-Areal (Fr. 2 350 000.– für die Anschaffung von Medien, Betriebseinrichtungen und Ausstattung) wird ein Objektkredit von Fr. 61 005 000.– 60 940 000.– (Kürzung Fr. 65 000.– Rohinstallation der Überwachungskameras) bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (1. April 2014) und der Bauausführung.

Mehrheit: Michael Baumer (FDP), Referent; Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Stephan Iten (SVP), Peter Schick (SVP), Heinz F. Steger (FDP), Reto Vogelbacher (CVP)
Minderheit: Gabriele Kisker (Grüne), Referentin; Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
Enthaltung: Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Ursula Näf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 35 Stimmen zu.

Änderungsantrag 2 zu Dispositivpunkt A

(Neuer Dispositivpunkt A2. Der Dispositivpunkt A wird zu Dispositivpunkt A1.)

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt folgende Ergänzung zum Antrag des Stadtrats (neuer Dispositivpunkt A2):

2. Der Hartplatz wird für zusätzlich maximal Fr. 25 000.- eingezäunt (Höhe 2m + 2 Tore auf den Seiten Nordwest und Südwest).

Mehrheit: Patrick Hadi Huber (SP), Referent; Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Ursula Näf (SP), Heinz F. Steger (FDP), Reto Vogelbacher (CVP)
Minderheit: Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Referent; Stephan Iten (SVP), Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 19 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt A

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt A.

Zustimmung: Patrick Hadi Huber (SP), Referent; Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Stephan Iten (SVP), Ursula Näf (SP), Peter Schick (SVP), Heinz F. Steger (FDP), Reto Vogelbacher (CVP)
Enthaltung: Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 119 gegen 0 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B1

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B1.

Zustimmung: Patrick Hadi Huber (SP), Referent; Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Stephan Iten (SVP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Ursula Näf (SP), Peter Schick (SVP), Heinz F. Steger (FDP), Reto Vogelbacher (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 119 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B2

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B2.

Zustimmung: Patrick Hadi Huber (SP), Referent; Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Stephan Iten (SVP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Ursula Näf (SP), Peter Schick (SVP), Heinz F. Steger (FDP), Reto Vogelbacher (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 119 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B3

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B3.

Zustimmung: Patrick Hadi Huber (SP), Referent; Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Stephan Iten (SVP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Ursula Näf (SP), Peter Schick (SVP), Heinz F. Steger (FDP), Reto Vogelbacher (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 119 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B4

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B4.

Zustimmung: Patrick Hadi Huber (SP), Referent; Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Stephan Iten (SVP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Ursula Näf (SP), Peter Schick (SVP), Heinz F. Steger (FDP), Reto Vogelbacher (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 118 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B5

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B5.

Zustimmung: Patrick Hadi Huber (SP), Referent; Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Stephan Iten (SVP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Ursula Näf (SP), Peter Schick (SVP), Heinz F. Steger (FDP), Reto Vogelbacher (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 119 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

A. Zuhanden der Gemeinde:

Für die Instandsetzung und den Umbau des Schulhauses Heinrichstrasse, die Altlastensanierung, die Erstellung eines Anbaus mit Kindergarten, Quartierhaus, Bibliothek und Sporthalle sowie eines Quartierparks (Fr. 58 655 000.–) und für den Investitionsbeitrag an die Pestalozzi-Bibliothek Zürich für die zusätzliche Führung der Quartierbibliothek auf dem Schütze-Areal (Fr. 2 350 000.– für die Anschaffung von Medien, Betriebseinrichtungen und Ausstattung) wird ein Objektkredit von Fr. 61 005 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (1. April 2014) und der Bauausführung.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz

1. Vorbehältlich der Zustimmung der Gemeinde zu Ziff. A wird der Stadtrat ermächtigt, mit der Pestalozzi-Bibliothek Zürich einen Mietvertrag über die Nutzung der Bibliotheksräume auf dem Schütze-Areal abzuschliessen und die Ausrichtung des Investitionsbeitrags von Auflagen und Bedingungen abhängig zu machen.

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat dem Gemeinderat im Rahmen der nächsten ordentlichen Erneuerung des Betriebsbeitrags an die Pestalozzi-Bibliothek Zürich eine durch die zusätzliche Führung der neuen Schwerpunktbibliothek bedingte Erhöhung des Betriebsbeitrags beantragen wird.
3. Das Postulat GR Nr. 2001/595 von Heinz Bögle und Reto Dettli (beide SP) vom 21. November 2001 betreffend Industriequartier, Bau eines Quartierzentrums wird als erledigt abgeschlossen.
4. Das Postulat, GR Nr. 2009/592, von A. Recher (AL) und Karin Rykart Sutter (Grüne) vom 9. Dezember 2009 betreffend Quartierinfrastruktur im Kreis 5 wird als erledigt abgeschlossen.
5. Das Postulat, GR Nr. 2012/404, von Marcel Schönbächler und Mario Mariani (beide CVP) vom 7. November 2012 betreffend Schütze-Areal, Umgestaltung in eine kinder- und familienfreundliche Parkanlage wird als erledigt abgeschlossen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 13. April 2016 gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung

1812. 2016/94

Postulat von Patrick Hadi Huber (SP) und Dr. Pawel Silberring (SP) vom 23.03.2016:

Schulhaus Schütze, Installation der Überwachungskameras nur bei Notwendigkeit

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Patrick Hadi Huber (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1773/2016): *Videoüberwachung ist grundsätzlich nur dann anzuordnen, wenn tatsächlich eine Notwendigkeit nachgewiesen ist und alle unmittelbaren und weiteren Mittel ausgeschöpft wurden, oder wenn es an einem bestimmten Ort verhältnismässig ist und einen hohen Nutzen schafft. Aus unserer Optik können 14 Kameras nicht richtig sein. Wenn man jetzt schon sagt, es müssten alle diese Kameras installiert werden, gibt man dem Ansatz der sozialen Kontrolle gar keine Chance. Die SP ist dagegen, dass von Anfang an gesagt wird, bei einem Schulhaus werde sicher einmal etwas passieren. Sie fordert, dass auf die Kameras verzichtet wird, und falls doch einmal Kameras installiert werden sollten, klar aufgezeigt würde, welche Massnahmen ergriffen wurden und warum diese nicht funktionierten.*

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) stellt namens der GLP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: *Für uns ist Videoüberwachung, die als Grundmittel immer zum Einsatz kommt, unverhältnismässig. Es ist nach wie vor nicht bewiesen, dass Videoüberwachung nötig ist, um Dissuasion zu bewirken. Zudem wurde noch nie untersucht, inwiefern die Verlagerung der Probleme vielleicht eine Folgeerscheinung von Videokameras ist. Unsere schriftliche Anfrage enthält viel Wissenswertes zum Ablauf der Videoüberwachung von Schulhausfassaden. Die Überwachung kommt nur in Ausnahmefällen, wenn keine anderen Mittel funktionieren, zum Zug. Deshalb verstehen wir nicht, warum die SP in ihrem Postulat den Stadtrat lediglich zu dem auffordert, was er sowieso machen muss und selber ja schon geregelt hat. Abgesehen davon wurde auch schon ein ähnliches Postulat überwiesen. Es wäre nicht pragmatisch, der Verwaltung aufzutragen, etwas auszuarbeiten, das sie bereits ausgearbeitet hat. Übrigens lese ich die Forderung, es sei aufzuzeigen, welche Massnahmen schon geprüft und umgesetzt wurden, nicht so ganz aus dem Postulatstext heraus.*

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): *Videoüberwachung ist eine der ganz wenigen Präventivmassnahmen, die erwiesenermassen etwas bringen. Seit z. B. am Limmatschulhaus Kameras angebracht sind, ist es frei von Sprayereien.*

Reto Vogelbacher (CVP): *Die CVP-Fraktion sieht es ähnlich wie die GLP-Fraktion; durch die Umsetzung des Postulats würde sich nicht so viel ändern, denn das Schulamt muss die Videoüberwachung sowieso erst installieren, wenn es notwendig ist. In der Formulierung gefällt uns «unabdingbar» nicht: Was ist damit gemeint? Dieses Wort eröffnet einen Interpretationsspielraum. Die Stossrichtung des Postulats macht aber Sinn, und so stimmt die CVP – wenn auch ohne Begeisterung – zu.*

Marcel Bührig (Grüne): *Die Grünen lehnen das Postulat ab. Mit unserem Dispositivantrag zur Weisung haben wir die richtige Lösung angeboten. Das Postulat bewerten wir als scheinheilig. In der Antwort auf die erwähnte schriftliche Anfrage versichert der Stadtrat, dass Überwachungskameras nur bei absoluter Notwendigkeit installiert werden. Wir finden aber, für Überwachungskameras gibt es nie eine absolute Notwendig-*

keit. Jetzt, wo es ein neues Graffiti-Schutzmittel gibt, erst recht nicht mehr.

Michael Baumer (FDP): Überwachung soll zurückhaltend eingesetzt werden, die baulichen Voraussetzungen müssen aber geschaffen werden. In diesem Zusammenhang macht es Sinn, zu sagen, eine Umsetzung solle wirklich nur dann erfolgen, wenn sie nötig ist. Wir stimmen dem Postulat zu, auch wenn der Stadtrat bereits so, wie es gefordert wird, vorgeht.

Dr. Pawel Silberring (SP): Mit dem Postulat wollen wir einen Kompromiss schaffen. Wir wollten die baulichen Voraussetzungen nicht verhindern, weil ein nachträglicher Einbau sehr teuer wäre. Gleichzeitig wollen wir aber sichergehen, dass der vorangegangene Beschluss nicht so verstanden wird, dass die Kameras sofort zu montieren wären.

Andrea Leitner Verhoeven (AL): Die ablehnende Haltung der AL gegenüber dem Postulat und auch gegenüber der Rohinstallation in der eben behandelten Weisung begründet sich wie folgt: Die AL findet es nicht gut, wenn zum Vornherein angenommen wird, alle Leute seien potenzielle Verbrecher. Deshalb möchte sie ein Statement für eine bessere Gesellschaft abgeben. Zudem traut sie der Verwaltung zu, dass sie die bestehenden Reglemente korrekt anwendet und im jeweils richtigen Zeitpunkt zu den entsprechenden Mitteln greift. Es wäre auch sinnvoll, diese Diskussion nicht für jedes Schulhaus einzeln zu führen, sondern sich allgemein auf etwas zu einigen.

Thomas Schwendener (SVP): Ich möchte ja nicht wissen, was die Entwicklung des neuen Graffiti-Mittels gekostet hat. Mit Überwachung ist man im Alltag an vielen Orten konfrontiert, so z. B. auch im Bus. Wenn man nichts zu verbergen hat, ist das ja auch kein Problem. Die Festlegung der Anzahl Kameras sollte man Fachleuten überlassen. Wenn ich dereinst das Präsidium inne habe, werden wir einmal vertieft anschauen, was Kameraüberwachung heisst.

Das Postulat wird mit 67 gegen 55 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1813. 2016/111

Dringliche Schriftliche Anfrage von Martin Götzl (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP) und 43 Mitunterzeichnenden vom 06.04.2016:

Performance «Die grosse Austreibung» im Theater Neumarkt, rechtliche Einschätzung und Vorgehen der Theaterleitung sowie Einsatzkosten der Polizei

Von Martin Götzl (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP) und 43 Mitunterzeichnenden ist am 6. April 2016 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich subventioniert das Theater am Neumarkt jährlich mit 5.4 Mio. Franken. 72% des Gesamtaufwands des Theaterhauses werden aus der Stadtkasse bezahlt. Der Kanton Zürich subventioniert zusätzlich mit 330'000 Franken pro Jahr.

Am 18. März 2016, 20.00 Uhr, fand unter dem Titel «Die grosse Austreibung» eine Performance/Aktion statt. In der Werbung liess der Verantwortliche Theatermann Philipp Ruch verlauten, dass für die Perfor-

mance ein «renommierter Voodoo-Priester aus Kamerun» eingeflogen wird, der Nationalrat Roger Köppel verfluchen wird. Auf der Webseite www.schweiz-entkoeppeln.ch wurde auch die Öffentlichkeit aufgerufen, sich an der Fluchaktion gegen Roger Köppel zu beteiligen. Man konnte den Weltwoche-Verleger online wahlweise mit Ebola, Querschnittlähmung, Autounfall u.a.m. belegen.

In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie schätzt der Rechtskonsulent des Stadtrats allfällige Gesetzesübertretungen dieser Aktion ein?
2. Wer wird im Falle eines Offizialdeliktes Klage erheben?
3. Welche Massnahmen haben dazu geführt, dass die Theaterleitung die geplante Protestaktion im Theater nach 15 Minuten abgebrochen hat?
4. Weshalb wurde die Aktion im Theater überhaupt gestartet?
5. Weshalb hat die Theaterleitung die Fluchperformance überhaupt ins Programm aufgenommen?
6. Weshalb hat sich die Theaterleitung nicht ausdrücklich von dieser Aktion distanziert?
7. War der ausgeführte Protestmarsch, der am 18. März 2016 stattfand, bewilligt?
8. Wurde der Protestmarsch von Einsatzkräften der Polizei begleitet oder beobachtet?
9. Wer trägt die Kosten für einen allfällig erfolgten Polizeieinsatz?
10. Mit welchem notwendigen Polizeiaufgebot wurden welche Kosten verursacht?
Bitte um detaillierte Aufstellung der eingesetzten Ressourcen und verursachten Kosten.

Mitteilung an den Stadtrat

1814. 2016/112

Schriftliche Anfrage von Anjushka Früh (SP) vom 06.04.2016: Schulraumbedarf im Einzugsgebiet des Schulhauses Blumenfeld, mögliche Erweiterung des Schulhauses sowie künftige Nutzung der Pavillonschule Ruggächern

Von Anjushka Früh (SP) ist am 6. April 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Auf das Schuljahr 2016/17 ist das Schulhaus Blumenfeld endlich fertig gestellt. Das Schulhaus ist ursprünglich für 15 Klassen und 6 Kindergärten konzipiert. Damit auf den 3er-Zug in der Unterstufe ein 3er-Zug in der Mittelstufe folgen kann, hat die Kreisschulpflege beschlossen, die Schule mit 18 Klassen zu führen. Um den dafür notwendigen Platz bereitzustellen, werden zwei Kindergärten extern an der Zehntenhausstrasse im ehemaligen Schulgebäude geführt und durch eine Mehrfachnutzung zusätzlicher Raum gewonnen. Mit diesem Vorgehen wird das Schulhaus Blumenfeld ab dem Schuljahr 2018/19 bereits voll belegt sein.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Überlegungen hat sich der Stadtrat bezüglich der möglichen Erweiterung gemacht? Wann will der Stadtrat die zweite Etappe des Schulhauses Blumenfeld realisieren und wie lange wird eine solche Realisation dauern?
2. Falls keine Erweiterung in Betracht gezogen wird: Warum nicht?
3. Die jetzige Pavillonschule Ruggächern wird ab dem Schuljahr 2016/17 vorübergehend durch die Schüler_innen des Schulhauses Schauenberg belegt. Ist es vorgesehen, dass im Anschluss an diese Nutzung diese Pavillons wieder durch das Schulhaus Blumenfeld genutzt werden und so die Realisation der zweiten Etappe verzögert wird? Falls ja, warum?
4. Ist der Stadtrat der Ansicht, den benötigten Schulraum in Affoltern und speziell im Einzugsgebiet Blumenfeld korrekt eingeschätzt zu haben? Falls nein, warum ist es zu dieser Fehleinschätzung gekommen?
5. Wie schätzt der Stadtrat den künftig benötigten Schulraum auf allen Stufen, auch unter Berücksichtigung der immer noch regen Bautätigkeit, in Affoltern ein?
6. Wie lange werden die externen Kindergärten an der Zehntenhausstrasse geführt?
7. Wie genau ist die Mehrfachnutzung der Zimmer ausgestaltet?
8. Gibt es schon Überlegungen, wo diese Schüler_innen in sechs Jahren in die Oberstufe gehen werden? Falls nein, warum nicht?

Mitteilung an den Stadtrat

1815. 2016/113

Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 06.04.2016:

Städtische Vertretung von Angestellten und Behördenmitgliedern in Organen von Drittinstitutionen, Angaben zu den Delegationen sowie Kosten und Nutzen der Vertretungen

Von Dr. Daniel Regli (SVP) und Stephan Iten (SVP) ist am 6. April 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich delegiert städtische Angestellte, Behördenmitglieder und geeignete Dritte in Organe juristischer Personen des privaten und öffentlichen Rechts. Die «Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitution (VVD, AS 177.300)» regelt den Vollzug.

Eine grosse Zahl von Aktiengesellschaften, Vereinen, Stiftungen etc. profitiert somit in ihren Führungsgremien vom Knowhow städtischer Delegierter. Diese Mitarbeit in mehreren hundert Organen juristischer Personen des privaten und öffentlichen Rechts ist sehr aufwändig. Eine umfassende Kenntnis über die Kosten und den Nutzen der städtischen Vertretungen ist deshalb von öffentlichem Interesse. Wir bitten den Stadtrat folglich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. In wie viele Organe juristischer Personen des privaten und öffentlichen Rechts wurden in den Jahren 2010 – 2015 städtische Angestellte, Behördenmitglieder und geeignete Dritte abgeordnet?
2. Bitte um Auflistung, in welche juristischen Personen des privaten und öffentlichen Rechts im Jahr 2015 Personen delegiert wurden? Bitte geordnet nach Departementen auflisten.
3. Bitte um Auflistung, wie viele städtische Angestellte, wie viele Behördenmitglieder und wie viele geeignete Dritte im Jahr 2015 in Drittinstitutionen amtierten.
4. Bitte um Angaben zu den Bruttokosten (Personal- und Sachkosten), welche durch die Mitarbeit der städtischen Delegierten in den Jahren 2010-2015 insgesamt entstanden sind.
5. Bitte um Angabe, welche Eigenleistungen die städtische Verwaltung in welchem Ausmass zu Gunsten welcher Drittinstitutionen im Jahr 2015 übernommen hat.
6. Bitte um Angaben zu den Entschädigungen, welche von den Drittinstitutionen in den Jahren 2010-2015 insgesamt geleistet wurden (VVD, Art. 18, 19). Welche Anteile dieser Entschädigungen wurden in den Jahren 2010-2015 der Stadtkasse entrichtet?
7. Welchen Nutzen hat die Stadt von der grossen Fülle der Vertretungen?
8. Wer verantwortet die jährliche Erhebung? Wie werden die Daten erhoben? Welche Kontrollmechanismen sind vorgesehen und wie werden sie umgesetzt?
9. Wie wird die Wahrung der städtischen Interessen garantiert (VVD, Art. 15)? Welche Interessenkonflikte führten in den Jahren 2010-2015 allenfalls zu welchen Massnahmen?
10. In welcher Form hat der Stadtrat den Gemeinderat in den Jahren 2010-2015 über die von ihm bestimmten und vorgeschlagenen Vertretungen informiert (VVD Art. 7, Abs. 2)?
11. Wie stellt der Stadtrat die personelle, finanzielle und thematische Führung einer Vielzahl Delegierter in mehreren hundert Organen sicher?
12. Nach welchen Kriterien werden Neuanträge für eine Einsitznahme einer städtischen Delegation in einer Drittinstitution beurteilt? Bitte um Vorlage allfälliger Reglemente.
13. Wie viele städtische Delegationen wurden in den Jahren 2006 – 2015 aus welchen Gründen beendet?

Mitteilung an den Stadtrat

1816. 2016/114

Schriftliche Anfrage von Dr. Urs Egger (FDP) und Roger Tognella (FDP) vom 06.04.2016:

Schliessung des Quartierrestaurants Trattoria Buchzelg aufgrund von Auflagen zum Einbau einer Wärmerückgewinnungsanlage, gesetzliche Grundlagen für die Pflicht zum Einbau solcher Anlagen sowie erwartete finanzielle und energetische Effekte

Von Dr. Urs Egger (FDP) und Roger Tognella (FDP) ist am 6. April 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Per Ende März 2016 musste das langjährig betriebene Quartierrestaurant Trattoria Buchzelg in Witikon schliessen. Der Hauptgrund für diese Schliessung sind Auflagen seitens Stadt Zürich, welche den Einbau einer Wärmerückgewinnungsanlage verlangen. Diese Investition hätte die Mietkosten so stark erhöht, dass kein Quartierrestaurant mehr hätte betrieben werden können.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welches ist die gesetzliche Grundlage für die Verpflichtung, bei Umbauten in Restaurants eine Wärmerückgewinnungsanlage einzubauen ?
2. Ist dies in der Stadt Zürich aufgrund der kantonalen Gesetzgebung verpflichtend oder sind dies städtische Vorgaben für die Bewilligungsbehörden ?
3. Wie viele Gastrobetriebe mussten in den letzten 4 Jahren solche Anlagen einbauen ?
4. Wie viele Restaurants mussten in den letzten 4 Jahren aufgrund solcher umweltbezogener resp. im Zusammenhang mit der 2000 Watt Gesellschaft eingeführten Auflagen ihren Betrieb aufgeben ?
5. Welchen effektiven energetischen Effekt erwartet die Stadt Zürich aus solchen Auflagen kurz-, mittel- und langfristig mit Bezug auf Gastrobetriebe ?
6. Welche bei den Gastrobetrieben anfallenden Umsetzungskosten stehen diesem energetischen Effekt aus solchen Auflagen kurz-, mittel- und langfristig gegenüber ?
7. Wie viele Baubewilligungen für Restaurants wurden in den letzten 4 Jahren aufgrund solcher Auflagen (wie z.B. Wärmerückgewinnungsanlage) zurückgezogen ?
8. Für wie wichtig erachtet der Stadtrat den Erhalt von Quartierrestaurants für das Quartierleben ?
9. Kann sich der Stadtrat eine Lockerung solcher Vorschriften für den Umbau von Quartierrestaurants vorstellen ?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 20. April 2016, 17.00 Uhr.